

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Johannes Rau zum Wahlausgang in Bayern: Eine Partei, die auf Platz setzen muß, kann nicht gewinnen.  
Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zum Scheitern in Reykjavik: Eine historische Chance wurde verspielt.  
Seite 2

Ernst Waltemathe MdB zum Besuch von Staatspräsident Vinicio Cerezo: Keine Polizei„hilfe“ für Guatemala.  
Seite 3

Egon Lutz MdB zur Ablehnung eines Entschliessungsantrags zum Ausspernungsverbot: Parforceritt der Grünen.  
Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB zu den Wandlungen des Staatssekretärs Schlecht: In allen Sätteln gerecht.  
Seite 6

41. Jahrgang / 195

13. Oktober 1986

### Zum Wahlausgang in Bayern

Eine Partei, die auf Platz setzen muß, kann nicht gewinnen

Von Johannes Rau  
Kanzlerkandidat der SPD  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

An diesem Wahlergebnis gibt es nichts zu deuten:

1. Es ist der Wahlerfolg eines Mannes, nämlich von Franz Josef Strauß, der inzwischen in seinem Land eine Popularität über die Grenzen seiner eigenen Partei hinaus genießt und den die Menschen in Bayern heute weitgehend mit ihrem Land identifizieren.
2. Herr Kohl ist nicht annähernd von vergleichbarer politischer Statur.
3. Karl-Heinz Hiersemann sage ich meinen Respekt: An ihm, an seinem persönlichen Einsatz hat es ganz bestimmt nicht gelegen, daß die bayerischen Sozialdemokraten ihr Wahlziel so klar verfehlt haben. Karl-Heinz Hiersemann kann in Bayern zu dem Mann der Nach-Strauß-Ära werden.
4. Mich bestärkt der Wahlausgang in Bayern in meiner Ansicht: Eine Partei, die in einer Wahl auf Platz setzt oder - wie diesmal in Bayern - auf Platz setzen muß, kann nicht gewinnen.
5. Ich wiederhole: Ich setze aufs Ganze.

(-/13.10.1986/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebsweg  
mit dem besten Kontakt  
Rechtliche Fragen



SDI brachte Reykjavik zum Scheitern

Nun müssen die kleineren und mittleren Staaten Wegbereiter für eine globale Entspannung werden

Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

In Reykjavik ist eine historische Abrüstungschance verspielt worden.

Die Bundesregierung trägt eine schwere Mitverantwortung für dieses Scheitern. Statt auf kompromißfähige Vorschläge zu drängen, hat sie durch ihre Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm den amerikanischen Präsidenten in seinem starren Festhalten am SDI-Konzept bestärkt.

Die Bundesregierung hat ihre Abrüstungspolitik auf der trügerischen Illusion aufgebaut, Präsident Reagan würde zugunsten des Ziels einer drastischen Verringerung der Nuklearwaffen bereit sein, auf SDI-Tests außerhalb von Labors zu verzichten. Das SDI-Konzept Präsident Reagans erweist sich immer mehr als abrüstungspolitischer Hemmschuh. Die Bundesregierung sollte jetzt nach dem gescheiterten Gipfel in Reykjavik ihre bisherige Unterstützung dieses Konzepts rückgängig machen. Die SPD erneuert ihre Forderung nach einer Aufkündigung des SDI-Abkommens, bei dem die Bundesregierung sich mit so verhängnisvollen Folgen auf eine Unterstützung des SDI-Konzepts der Reagan-Administration festgelegt hat.

Den Einflußchancen der Bundesregierung hat der koalitionsinterne Streit mit Alfred Dregger unmittelbar vor dem Gipfel-Treffen geschadet. Alfred Dregger stellte Zusatzforderungen, die zu einer weiteren Einschränkung der Kompromißfähigkeit der Vereinigten Staaten geführt hätten. Die in Reykjavik erhoffte Einigung über den drastischen Abbau der Mittelstreckenwaffen in Ost und West ist in letzter Minute gescheitert. Alfred Dregger und mit ihm große Teile der CDU/CSU waren immer mehr an einer andauernden Stationierung der Pershing II als am Abbau der SS-20 interessiert. Die SPD aber wird sich mit einem Scheitern der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen indes nicht abfinden. Sie wird weiterhin auf den Abbau dieser Waffen in Ost und West drängen und hierfür eigene kompromißfähige Vorschläge vorlegen.

Nach dem Scheitern des Gipfeltreffens zwischen den beiden nuklearen Weltmächten ist es nun die Aufgabe der kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa durch eigene abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen den Schaden zu begrenzen. Die kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa dürfen sich in Zukunft nicht mehr in die Rolle eines passiven Zuschauers abdrängen lassen, wenn Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow auch über ihr Schicksal verhandeln. Insbesondere die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO und die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sollten Pilotprojekte der Zusammenarbeit zwischen Ost und West vorschlagen, deren Verwirklichung doch noch zu einer positiven Wende in den Ost-West-Beziehungen beitragen können.

Europa braucht eine zweite Phase der Entspannungspolitik. So lange die beiden nuklearen Weltmächte unfähig bleiben, in ihrem bilateralen Verhältnis zu den Grundlagen der Entspannungspolitik zurückzukehren, müssen die Europäer in Ost und West im Rahmen ihrer Möglichkeiten beispielhaft den Geist der Entspannungspolitik praktizieren.

Die SPD hat als Pilotprojekte einer zweiten Phase der Entspannungspolitik eine chemiewaffenfreie Zone in Europa und einen atomwaffenfreien Korridor beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt vorgeschlagen. Diese Projekte gewinnen nach dem Scheitern des Gipfels in Reykjavik an Aktualität. Zusammen mit den Vorschlägen für eine beiderseitige Verringerung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa könnte die Verwirklichung der Vorschläge dazu beitragen, durch friedenspolitische Fortschritte in Europa den Verständigungswillen zwischen den beiden nuklearen Weltmächten zu fördern. Wenn die kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa sich in ihrem Willen zum Frieden und zur Zusammenarbeit zu behaupten vermögen, dann kann diese regionale Entspannungspolitik doch zum Wegbereiter für eine neue globale Phase der Entspannungspolitik werden.

(-/13.10.1986/rs/ks)



Keine Polizei „hilfe“ für Guatemala!

Zum Besuch von Staatspräsident Vinicio Cerezo

Von Ernst Waltemathe MdB

In diesen Tagen hält sich der guatemaltekische Präsident Vinicio Cerezo in der Bundesrepublik zu einem Staatsbesuch auf, um wie sein Innenminister Juan Jose Rodik und sein Vizepräsident Roberto Carpio Nicolle die Übergabe der von der CSU versprochenen Polizei „hilfe“ von fünf Millionen DM zu fordern.

Auch Präsident Cerezo wird die Notwendigkeit dieser „Hilfe“ mit dem Aufbau einer demokratischen Polizei begründen, die ein „unerlässlicher Schritt“ zur „Verbesserung der Menschenrechtsslage“ sei, so Vizepräsident Carpio Nicolle in Bonn.

Angesichts des gewalttätigen Klimas in Guatemala und der bewiesenen Zusammenarbeit zwischen Militär und Polizei erscheint es unwahrscheinlich, daß Präsident Cerezo sich die Polizei als Gegengewicht zu den übermächtigen Militärs aufbauen will. Ein kurzer Rückblick auf seine Amtszeit mag zeigen, daß seine Machtlosigkeit durch solche Maßnahmen nicht zu verringern sein wird:

Seit Mitte Januar ist Vinicio Cerezo im Amt. Im Februar 1986 mußte Cerezo zugeben, daß während seiner ersten drei Amtswochen 69 Leichen entdeckt wurden, viele mit Foltermalen versehen. Im März wurde der Sekretär einer christdemokratischen Jugendgruppe zusammen mit seinem Vater und seiner Schwester niedergeschossen. Von Januar bis Ende Mai wurden nach Angaben der CDH 107 Menschen getötet und 38 verschleppt.

Am 28./29. Juli wurden in dem Dorf Xeücalvitz, Provinz El Quiché, 33 Männer, Frauen und Kinder von Militärs der Finca La Perla, Gemeinde Chajul getötet. Dieses Blutbad wurde erst Ende August durch die guatemaltekische Kirche im Exil (IGE) publik gemacht. Die IGE gab weiter bekannt, daß in den Gemeinden Nebaj, Chajul und Cotzal seit drei Monaten Counterinsurgency-Programme laufen, dort Felder zerstört, Häuser niedergebrannt und Familien getötet werden.

Vietnam in Guatemala: Am 17. August berichtete die guatemaltekische Zeitung „El Grafico“ nach Augenzeugenberichten, daß in den Provinzen El Quiché und Huehuetenango Flugzeuge in großen Mengen Entlaubungsmittel abwerfen.

Diesen Grausamkeiten gegenüber gab sich Cerezo machtlos. Seine bisherigen Schritte, zur „Demokratisierung des Landes“ blieben denn auch unwirksam:

- Er versprach eine unabhängige, aber von der Regierung anerkannte Kommission für Menschenrechtsfragen bis zum 30. Juni 1986 einzurichten, was bis heute noch nicht geschehen ist.
- Er erschien sogar persönlich zu Einweihung von Modelldörfern, in die Kleinbauer zwangsweise umgesiedelt und unter ständiger militärischer Kontrolle gehalten werden.
- Er löste die Geheimpolizei DIT auf, nahm die Polizisten aber mehrheitlich in die Nationalpolizei auf. Unter den letzten sechs Regierungen wurde die DIT nun zum dritten Mal gesäubert, ohne daß sich dadurch die Gewaltakte seitens der Militärs oder der Todesschwadronen verringert hätten. Vielmehr ist bekannt, daß die DIT auf Anordnung der Abteilung des militärischen Führungsstabs, G-2 (so die bürokratische Abkürzung) liquidierte, folterte und einschüchterte. Die G-2 bleibt unantastbar. Bekannt wurde aber auch in den letzten Jahren, daß in der G-2 höchste Militärs zusammen mit Beamten des Verteidigungs- und Innenministeriums die Entscheidungen über politische Morde treffen.
- Cerezo ernannte im Januar einen ihm nahestehenden Offizier zum Polizeichef, der im Juli dieses Jahres bereits wieder durch den Oberst J.E. Caballero abgelöst wurde. J.E. Caballero war von 1982 bis 1984 zweiter Mann der Armeebasis in der Provinz El Quiché, in der zur damaligen Zeit die Einwohner ganzer Dörfer massakriert wurden.

Diese Fakten müßten jedem verdeutlichen, daß eine Polizei „hilfe“ nicht der richtige Weg ist, Vinicio Cerezo in seinem Anliegen für mehr Demokratie zu unterstützen. Wenn die Bundesregierung stattdessen die fortwährenden militärischen Verbrechen öffentlich verurteilen und ihren Einfluß auf die Reagan-Administration geltend machen würde, dieses ebenfalls zu tun, und erst wenn die US-Regierung bereit ist, unter Einsatz aller Mittel eine demokratische Wende zu unterstützen, erst dann könnte der Traum vom Ende der militärischen Gewaltherrschaft in Guatemalas Wirklichkeit werden. Aber nur auf diese Weise. Die Bundesregierung ist darüber hinaus dafür verantwortlich, von der EG ein einheitliches Vorgehen abzuverlangen.

(-/13.10.1986/rs/ks)



Parforceritt der Grünen

Warum die SPD den Entschließungsantrag zum Aussperrungsverbot ablehnt

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Die Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag hat am 25. September 1986 ihren Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung als Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion abgelehnt.

Was auf den ersten Blick verwunderlich erscheint, bekommt bei näherem Hinsehen Sinn: Das Thema Aussperrung ist für Sozialdemokraten ein wichtiges Thema, ein zu wichtiges vor allem, um es zwischen Tür und Angel zu diskutieren. Nicht genug damit, daß sie eine schludrige Gesetzesvorlage mit allerlei verbalen Albernheiten gefertigt hatten, sie wollten dieses Machwerk auch noch partout in der verbleibenden Zeit dieser Legislaturperiode durchpeitschen. Angesichts der brisanten Thematik machen Sozialdemokraten bei solch einem Parforceritt nicht mit!

Inhaltlich stimmen wir mit der Position des DGB hundertprozentig überein: Die Aussperrung ist zu ächten, weil dies ein ungleiches Mittel im Arbeitskampf ist. Der jüngste Beweis dafür war die sogenannte „kalte Aussperrung“ im Frühjahr 1984, bei der über 300.000 Metallarbeiter außerhalb der umkämpften Tarifgebiete „mitbestraft“ wurden. Das war die Antwort der Arbeitgeber auf die gewerkschaftliche Maßnahme der Schwerpunktstreiks. Nach rüdester Kapitalistenmanier werden durch Aussperrung und verweigertes Kurzarbeitergeld die Gewerkschaften um ihre ureigenste Kampfmittel gebracht.

Angesichts der schwierigen Problematik, die von existentieller Bedeutung ist, muß die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung eingehend mit großem Ernst vorbereitet werden.

Deshalb haben wir Sozialdemokraten mit Erfolg darauf gedrungen, daß vor weiteren gesetzgeberischen Schritten ein Anhörungsverfahren stattfinden muß. Dieses ist für den 3. Dezember dieses Jahres angesetzt. Danach wird es noch einleuchtendere Argumente dafür geben, daß die Aussperrung kein Mittel im Arbeitskampf sein darf.

Wir Sozialdemokraten unterstützen den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Aussperrung. Aber wir unterstützen keine gesetzlichen Initiativen zum Verbot der Aussperrung, die bei der augenblicklichen Mehrheitssituation im Deutschen Bundestag kontraproduktiv wären, denn wir wissen, daß jede ablehnende Entscheidung des Parlaments den Spielraum der Arbeitsgerichte für eine positive Fortentwicklung der Arbeitskampfrechtsprechung behindern würde.

Worauf es heute ankommt ist dies: Wir müssen ein neues Klima in der Öffentlichkeit, ein neues Bewußtsein beim Bürger, eine neue Mehrheit im Deutschen Bundestag schaffen, damit wir unsere feste Überzeugung, daß Streik und Aussperrung ungleiche Waffen im Arbeitskampf sind, durchsetzen können.

(-/13.10.1986/rs/ks)

• • •



In allen Sätteln gerecht

Die Wandlungen des Staatssekretärs Schlecht

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium ist der dienstälteste Staatssekretär der Bundesregierung. Er pflegt den Nimbus des „fachlich“ orientierten und politisch unabhängigen Beamten. So ganz genau darf man das nicht nehmen. Dieser Staatssekretär ist ein politischer Beamter und vertritt die Meinung seines Ministers. Da diese schon mal wechseln, machen auch die Äußerungen des Staatssekretärs interessante Wandlungen durch.

Heute poltert Schlecht über die Wirkung von Beschäftigungsprogrammen: „Der Anteil am Sozialprodukt nahm stark zu, die Staatsverschuldung wuchs übermäßig.“

Noch vor einigen Jahren (1978) klang es anders. Schlecht: „Im Vergleich zu früheren Perioden seien etwas höhere Staatsdefizite nicht nur vertretbar, sondern sogar geboten.“

1977 hieß es in der Frankfurter Rundschau: „Schlecht befürwortete zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den Problemgruppen Jugend, Frauen und Angestellte zusätzliche staatliche Anschlußprogramme zu dem mittelfristig angelegten öffentlichen Investitionsprogramm. Mit einer Stärkung der privaten Investitionen sei ein Großteil der Arbeitslosen nicht in Stellen zu bringen.“

Heute sagt Schlecht: „Im übrigen sieht die Bundesregierung in der Stärkung der privaten Investitionstätigkeit durch Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Schlüsselgröße für mehr Wachstumsdynamik und den Abbau der Arbeitslosigkeit.“

1978 sagte Schlecht in einem Rundfunkinterview: „Wir haben mit Wirkung für 1979 ein Programm beschlossen, das zu einer Ausweitung der Nachfrage und auch der Investitionsbedingungen um rund 13 Milliarden führt ... und (wir) sind überzeugt, daß mit diesem Programm ein zusätzliches reales Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr von rund ein Prozent möglich ist gegenüber dem, was sonst gelaufen wäre.“

Heute bestreitet Schlecht die wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirkung von Beschäftigungsprogrammen und redet von ihnen wie der Teufel vom Weihwasser.

Eins kann man dabei lernen: Schlecht ist leicht und elegant vom Befürworter solcher Programme zu einem lauten Kritiker geworden. Mit der gleichen Leichtigkeit und Eleganz kann er bei Bedarf wahrscheinlich auch den Weg zurückgehen.

(-/13.10.1986/rs/ks)

\* \* \*

